

Arbeitende & Studierende

Beim letzten Bildungsstreik gab es einige gemeinsame Proteste mit Beschäftigten – wie kann das ausgebaut werden?

→ Seite 2



Kick it like Frankreich!

Ein Rückblick auf die erfolgreichen Proteste gegen das CPE-Gesetz in Frankreich vor vier Jahren

→ Seite 2

www.

REVOLUTION.de.com



Studierende, SchülerInnen, ArbeiterInnen gemeinsam!

Vom Bildungsstreik Zum Generalstreik!

„Mehr Geld“ reicht nicht!

Warum finden Bildungsproteste ein positives Echo in den bürgerlichen Medien?

Deutschlands größte Beschwerde-
liste für Studis – Die große Akti-
on von BILD.de und StudiVZ – Liste wird
Bundesbildungsministerin überreicht“
titelt Bild.de.

Was haben wir nur falsch gemacht,
dass wir uns mit unserem Protest plötz-
lich in Aktionseinheit mit der rechten
Springer-Presse wiederfinden? Nichts
gegen positive Nachrichten in den Main-
stream-Medien. Doch stellt sich schon die
Frage, warum sich zu der standardmäßi-
gen Hetze gegen sozialen Widerstand im
Fall der Bildungsproteste eine große Zahl
von FürsprecherInnen gesellt, die die „be-
rechtigten Anliegen“ der Bildungsprotes-
te unterstützen.

Wie alles anfang

Die Bildungsstreik-Bewegung begann
mit einer Reihe von Schulstreiks – an-
fangs waren Studierende auf den Dem-
onstrationen wenig zu sehen. Doch die
deutschlandweite Einführung der Bache-
lor- und Master-Studiengänge führte zu
genügend Unzufriedenheit unter den
Studis, dass diese sich massenhaft an den
Bildungsprotesten beteiligten. Die bun-
desweite Ausweitung des SchülerInnen-
protests und die aufsehenerregende Be-
setzung der Uni Wien waren die Auslöser
dafür, dass aus den Schulstreiks Bildun-
gsstreiks wurden. In Dutzenden Städten
kam es Ende 2009 zu Uni-Besetzungen.

Dieser Protest erzeugte einen großen
Widerhall in der Medienlandschaft. Die
Protestierenden, deren lauteste Stimme
nun die Uni-AktivistInnen geworden wa-
ren, bezogen sich auf den von der wirt-
schaftlichen/politischen Elite propagier-
ten Begriff der „Wissensgesellschaft“ und
die damit zusammenhängende Ausrufung
der „Bildungsrepublik Deutschland“.

Die Protestierenden machten aufmerk-
sam auf den Widerspruch zwischen den
erklärten Zielen und den tatsächlichen
Folgen der Bildungsreformen. So war
immer wieder zu hören: Gegen die Ziele
der Bologna-Erklärung hätte man ja gar
nichts einzuwenden – nur die Umsetzung
sei schlecht.

Diese Sprache war verständlich. Mit
diesen Tönen konnten die bürgerlichen El-
iten etwas anfangen: Immer mehr ihrer
VertreterInnen stellten sich auf die Seite
von einigen „Bildungsstreik-AktivistInnen“,
die nun den Erfolg witterten, anlässlich
ständiger Bekundungen ausnahmslos aller
Verantwortlichen, dass deutliche Nach-
besserungen nötig seien. Damit schienen
Erleichterungen für das Studium und mehr
Geld für das Bildungswesen gesichert.

Die armen Irren

Vielleicht erinnert sich die/der eine oder
andere AktivistIn noch dunkel an die armen
Irren, die in ihren Reden davon sprachen,
dass die Bildungsproteste nur dann wirk-
lich Erfolg haben würden, wenn sich Schü-
lerInnen und Studis mit den ArbeiterInnen
verbinden würden. „ArbeiterInnen, haha!“

Denn durch den Druck der Studieren-
den und GymnasiastInnen könnten sich
wirklich die Bildungshaushalte erhöhen.
Nur – was hätten wir davon? Mehr Geld
für Bildung – ja, aber für was für eine Bil-
dung? Das bestimmen nicht wir kleinen
SchülerInnen und StudentInnen. Denn
das Bildungssystem ist und wird nach den
Bedürfnissen von großen Kapitalbesitzer-
Innen gestaltet. Es geht um die Ausbil-
dung von Arbeitskräften. Die steigende
Zahl der Studierenden spiegelt die Ver-
änderungen der Arbeitswelt in einem
imperialistischen Zentrum wie Deutsch-

land wider. Hierzulande benötigen die
KapitalistInnen heute mehr Arbeitskräfte
im Bereich der Planung von Produktions-
prozessen, im Bereich der Verteilung von
Waren und der Konsumsteigerung.

Für die komplizierter werdenden
Produktionsprozesse, für technisch auf-
wendige Produkte brauchen die Unter-
nehmen mehr SpezialistInnen. Ideen
wie die Ausbildung zu straffen, den „Ber-
ufseinstieg“ zu vereinfachen (Stichwort:
„Employability“), Studiengebühren ein-
zuführen, die Forschung stärker mit den
Bedürfnissen „der Wirtschaft“ zu verzah-
nen (Stichwort: „Drittmittel“) oder Gelder
für besonders gute Forschungsprojekte
und Spitzen-Ausbildung bereitzustellen
(Stichwort: „Exzellenzwettbewerb“) ent-
springen logisch der heutigen kapitalis-
tischen Gesellschaft. Die Bildungsre-
formen sind Reformen einer überschul-
deten Staatsverwaltung am Gängelband
des Marktes und dessen HerrInnen.

Die Kapitalverwertung

Die meckernden SchülerInnen und Studis
gehören da dazu, ja sind in der heu-
tigen Form sogar sehr praktisch für die
Korrektur der Reformen. Mehr Geld für
Bildung sowie natürlich möglichst nicht
allzu idiotische SpezialarbeiterInnen: Das
ist doch alles ganz im Sinne der späteren
Kapitalverwertung. Deswegen schrieb die
schwarz-gelbe Regierung – die massive
Kürzungen in allen Bereichen vorbereitet
– ebenfalls die Forderung „mehr Geld für
Bildung“ in ihren Koalitionsvertrag. Des-
wegen ist es nicht verwunderlich, wenn
die bürgerliche Presse und Politik positiv
auf die Proteste antwortet. Denn das heu-
tige „Mehr Geld für Bildung!“ ist nur ein zu
kurz geratener Ausdruck von „Nicht spar-
en bei der Ausbildung der Lohnarbeite-



rInnen zur Förderung des Wohlstands der
kapitalbesitzenden Klasse!“

Der Bildung im Dienste der Konzerne
ein Ende gemacht werden – denn sie
geht Hand in Hand mit Lohndumping
und Massenentlassungen. Die einzige
Alternative ist ein Bildungssystem im
Dienste der arbeitenden Bevölkerung
weltweit. „Bildung für alle!“ muss be-
deuten: Weg mit dem mehrgliedrigen
Schulsystem, der sozialen Auslese und
der ständigen Kategorisierung der Ler-
nenden! Die Kontrolle über das Lernen
muss in die Hände der Lernenden! Schu-
len und Unis müssen in die gemeinsame
Verwaltung von Lernenden und Be-
schäftigten übergehen!

Für dies alles bei den bürgerlichen
Eliten auf Fürsprache zu hoffen, ist na-
türlich zwecklos. Wenn wir das mit der
„freien Bildung“ ernst meinen und nicht
nur lustiges Narrenspiel für die Kapitalkö-
nigInnen vorführen wollen, dann landen
wir wieder bei den armen Irren, die von
den ArbeiterInnen sprachen und viel-
leicht gar nicht so bescheuert sind.

Wir müssen uns permanent an die
arbeitende Bevölkerung wenden, denn
sie können mit Streiks weit mehr Druck
machen als Studierende alleine – und wir
können nicht erwarten, dass FluglotsIn-
nen oder MüllfahrerInnen in den Streik
treten, nur weil die Lehrpläne den Studis
nicht gefallen. Bei Bildungsprotesten geht
es keineswegs „nur um Bildung“, sondern
um die Frage, wer in dieser Gesellschaft
die Kontrolle hat – und das muss in all un-
seren Forderungen deutlich werden.

→ von Jalava Hugo, RIO, Kiel

Lasst uns Griechisch lernen!

Noch traut sich die Regierung
nicht, konkrete soziale Einspa-
rungen zu verkünden. Aber jedem/r
muss klar sein, dass das massive Loch
gestopft werden muss, welches die
Rettungsmaßnahmen für die Banken
und den Euro in den Staatshaushalt
gerissen haben. Diese Schulden und
Pleitewellen haben nicht die Studie-
renden und auch nicht die Arbeit-
enden zu verantworten – sie gehen auf
das Konto der KapitalistInnen. Die
angekündigten Sparmaßnahmen
überall in der Europäischen Union
sind eben nicht notwendig für „unser
aller Gemeinwohl“. Sie sind nichts
anderes als Klassenkampf von oben
– und können nur durch Klassen-
kampf von unten bekämpft werden.
Die GriechInnen haben mit ihren
Generalstreiks gezeigt, dass niemand
sich so etwas gefallen lassen muss.
Lasst uns Griechisch lernen!

Vielleicht haben die Bildungs-
proteste Ende 2009 wirklich die der
vorherigen Jahre in den Schatten
gestellt. Aber was wurde seitdem
wirklich erreicht? Viele hatten
Hoffnungen, dass die Belange der
Lernenden in der Politik Gehör
finden würde. Aber jedeR kann
mittlerweile feststellen, dass die Idee
des „Dialogs“ gescheitert ist – sie war
eine bloße Imagekampagne der Re-
gierung. Es wurde deutlich, dass die
wirklichen Bedürfnisse der Lern-
enden in diesem Bildungssystem mehr
oder weniger egal sind.

Das heißt für uns, dass wir von
der Rolle als BittstellerInnen wegkom-
men und wirklichen Druck auf die
Herrschenden ausüben müssen. Ein
Beispiel, an dem wir uns orientieren
können, ist die erfolgreiche Besetzung
der Mensa der FU Berlin, in der die
Studierenden ihre Solidarität mit den
Beschäftigten zum Ausdruck brachten.
ArbeiterInnen und Studierende müs-
sen gemeinsam streiken – das ist nicht
nur möglich, sondern dringend nötig.

Das Bildungssystem in der
kapitalistischen Gesellschaft hat die
Funktion, die bestehende Ungleich-
heit zu reproduzieren. Deswegen
müssen wir die Verbindung zu arbei-
tenden und arbeitslosen Menschen
suchen, denn nur vereint können
wir diese Gesellschaft samt ihres
Bildungssystems überwinden.

→ von Alex Lehmann, RIO, FU Berlin

Linkes Hip-hop-Konzert

Am 26. Juni ab 22 Uhr in der
Roten Insel, Mansteinstr. 10,
U7/S1/S2 Yorckstraße, Berlin
Spende: 4 Euro

Holger Burner

Klassenkampf-Rap, Hamburg
„Wir machen keine Promos,
wir machen Propaganda!“

Cien

Hiphop Revolucionario, Santiago
„Hiphop con conciencia social“

The Ruby Kid

Marxist Rap, Sheffield
„Fuck being a poet,
I'm a wage slave!“



Publikationen von RIO

Von Neukölln zur Weltrevolution
Wie die Kommunistische Jugendinternationale in Berlin-Neukölln gegründet wurde
48 Seiten – 2,50 €



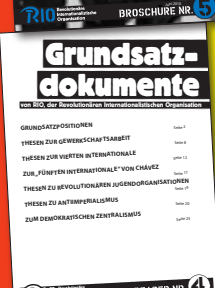
Zanon gehört den ArbeiterInnen!
ArbeiterInnen in Argentinien übernehmen ihre Fabrik und verwalten sie unter ArbeiterInnenkontrolle
16 Seiten – 1 €



Als der Nordstern rot wurde
Revolution und Konterrevolution in Finnland 1917/1918
48 Seiten – 2,50 €



Reader mit den Grundsatzdokumenten von RIO
24 Seiten



Unser Werkblatt
Flugblatt für Universitäts-Beschäftigte an der FU Berlin
→ www.revolution.de.com/werkblatt



RIO-T-Shirt: STREIK!
S-XL, 10-15 €



Sie lügen wie gedruckt.
Betriebs-Rekord mit 165 000 Fällen
So wird bei Hartz IV abgezockt!

Comeback des Sowjet-Stars
Wahlen gefälscht, nun will Viktor Janukowitsch die Macht in der Ukraine – notfalls auf ehrliche Art
Jung: Kein Krieg in Afghanistan

Wir drucken, wie sie lügen.

Aktuelle Serie in jW Jetzt am Kiosk. Im Abo. Im Internet.

www.jungwelt.de



Studierende und Arbeitende gemeinsam!

Denn bekanntlich sind wir nur gemeinsam stark!

Die Situation der Studierenden an den Hochschulen hat sich in den letzten Jahren konsequent verschlechtert! Diese Aussage belegt eine erst kürzlich veröffentlichte Studie des deutschen Studentenwerkes, wonach immer mehr Studierende immer mehr neben dem Studium arbeiten müssen.

Beim Studium selbst werden in immer kürzerer Zeit den StudentInnen immer mehr Lehrinhalte vermittelt – man kann schon fast sagen: verabreicht. Die Hochschulreform hatte nur ein Ziel: den Studierenden mehr Systemfunktionalität anzutrainieren – oder wie es oft heißt: sie „fit“ für den Arbeitsmarkt zu machen. Das Wirtschaftssystem, in dem wir uns befinden, benötigt eben heutzutage „flexible“ ArbeiterInnen. Diese „Flexibilität“ gilt als sogenannte Schlüsselqualifikation. Die Anhäufung von Wissen ist in der Ausbildung zwar erwünscht, jedoch sollten nicht die Studierenden selbst entscheiden, welches Wissen sie sich aneignen. Sie sollen es nach der Funktionalität des Arbeitsmarktes ausrichten – oder noch besser: es wird ihnen ausgerichtet.

Ein zweiter alarmierender Fakt aus der Studentenwerksstudie ist der konstant niedrige Anteil Studierender aus den sogenannten „unteren Einkommensschichten“. Trotz der Anhebung des BAföGs, die nebenbei nicht einmal die Inflation seit der letzten Anhebung ausgleichen konnte, entscheidet immer noch der Geldbeutel der Eltern über ein Studium der Kinder.

Fassen wir also kurz zusammen: ArbeiterInnenkinder haben schlechtere Bildungschancen und die Lage der StudienabsolventInnen ist alles andere als gesichert. Die, die ohnehin schon aus einem mehr oder weniger „prekären“ Umfeld kommen, sind dazu verdammt, dort auch zu bleiben, und auch die Kinder der Mittelschicht werden in ein solches „prekäres“ Umfeld hineingedrückt. Daran sieht man, wie sehr die kapitalistische Rechtfertigungsrhetorik von einem besserem Leben durch Wohlstand und Wachstum fern der Realität ist.

Nach dieser Beobachtung muss man sich die Frage stellen, worin eigentlich der Unterschied zwischen den arbeitenden Massen, die sich mit immer niedrigeren Einkommen und immer unsicheren Arbeitsverhältnissen konfrontiert sehen, und den Studierenden, die ebenfalls für die Individualisierung des Arbeitsmark-

tes einen hohen Preis bezahlen müssen, besteht. Man wird schnell feststellen, dass dieser Unterschied geringer wird. Die ökonomischen Probleme der ArbeiterInnen betreffen auch immer mehr die AkademikerInnen.

Was bedeutet diese Tatsache für den nächsten Bildungsstreik? Sicher, eine leidschaftlich geführte Diskussion über Hochschulpolitik ist richtig und wichtig. Doch wenn sich die Studierenden wirklich eine Stimme in dieser Gesellschaft verschaffen wollen, müssen sie sich mit den Arbeitenden nicht nur solidarisieren, sie müssen sich ihnen anschließen und ihre Kämpfe aktiv unterstützen. Nur gemeinsam kann dieses dysfunktionale System, das auf der Ausbeutung der ArbeiterInnen basiert und die Mehrheit der Studierenden auf eben diese Ausbeutung vorbereitet, zum Sturz gebracht werden.

Lasst uns deswegen beim nächsten Bildungsstreik die Lippenbekenntnisse über Solidarität mit den Beschäftigten in echte Solidarität umwandeln. Bereits beim letzten Bildungsstreik gab es einige solche Erfahrungen: Anfang November konnte im Rahmen eines Warnstreiks beim Studentenwerk Berlin die Unimensa an der FU komplett lahmgelegt werden. An einer Vollversammlung in der besetzten Mensa nahmen dann 600 Studierende und auch 100 Beschäftigte teil, die mit stehenden Ovationen begrüßt wurden. An diesem einen Protesttag entstanden bis zu 20.000 Euro Verluste für die Mensa – mehr als die Besetzung des größten Hörsaals in drei Monaten verursachte.

Dazu gab es in Berlin mehrere Solidaritätsdemos für streikende GebäudereinerInnen. BesetzerInnen der Uni Stuttgart solidarisierten sich auch mit den Beschäftigten von Daimler in Sindelfingen: „Ihr kämpft für die Arbeitsplätze für die Beschäftigten von morgen, also für die SchülerInnen und Studierenden von heute.“

Diese Beispiele zeigen, wie großes Kampfpotential eine Liaison von ArbeiterInnen und StudentInnen birgt – wir müssen systematisch darauf hinarbeiten! Wenn wir Veränderung wollen, dann nur mit der Solidarität aller, die in der kapitalistischen Gesellschaft benachteiligt werden.

Kämpfen wir also beim nächsten Bildungsstreik Seite an Seite mit GebäudereinerInnen, LokführerInnen, KöchInnen und vielen vielen mehr!

→ von Martin Biermann, AG Arbeitskämpfe, FU Berlin



Rassismus im Bildungssystem

Das kapitalistische Bildungssystem diskriminiert – und wirkt trotzdem „neutral“

Die kapitalistische Gesellschaft reproduziert sich neben der Familie vor allem durch das Bildungssystem. In feudalen Gesellschaften kann ökonomische Macht über „Blutlinien“ direkt weitergegeben werden. Mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise legt die Rationalisierung der Produktion es aber nahe, dass alle Menschen ohne Unterschied rationale, bildungsfähige Wesen sind, und dass nur die rationalsten unter ihnen befugt sind, Kontrolle über die Produktion auszuüben.

Fortan kann ökonomische Macht also nicht mehr ausschließlich per Name vererbt werden, sondern muss über den Umweg von Befähigungsnachweisen „verdient“ werden. Der Hierarchie des Produktionsprozesses muss durch eine Hierarchie von Bildungsabschlüssen Rechnung getragen werden – ein Bildungssystem, das dem eigenen universellen Anspruch genügt, würde etwa dafür sorgen, dass

alle denselben akademischen Grad erreichen. Doch dann fielen Auswahlverfahren für „leitende Positionen“ deutlich schwieriger aus. Die Illusion, die das Bildungssystem stattdessen erzeugt, ist, dass Leute mit höheren Abschlüssen von Natur aus klüger sind als andere – schließlich hätten ja alle dieselben Tests zu durchlaufen und denselben Stoff zu verstehen – und dass nur sie es daher verdient haben, über andere Menschen zu bestimmen.

Doch gerade dadurch, dass formal von den ungleichen Voraussetzungen jedes/r Einzelnen abgesehen wird und nur die Leistungen bewertet werden, wird es erreicht, dass sich alle mit der ungleichen Verteilung von Macht, Einkommen und Bildung abfinden: die Beherrschten suchen den Fehler bei sich und halten sich für zu faul oder gar zu dumm, die Herrschenden halten sich für eine auserlesene Elite der besonders Intelligenten und Leistungsfähigen. Beides naturali-



Kick it like Frankreich!

Ein Rückblick auf die erfolgreichen Proteste gegen das CPE-Gesetz in Frankreich vor vier Jahren

Bildungsproteste können nur stärker werden, wenn sie mit ArbeiterInnenprotesten verbunden werden. Deshalb lohnt sich ein Blick nach Frankreich, wo im Jahr 2006 ein reaktionäres Gesetz der Regierung durch gemeinsame Kämpfe verhindert werden konnte.

Durch den sogenannten „Contrat Première Embauche“ (Erstinstellungsvertrag) hätten ArbeiterInnen unter 26 Jahren in den ersten 2 Jahren keinerlei Kündigungsschutz besessen und – wenn sie selbst während dieser „Probezeit“ kündigen – nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld gehabt.

Gegen das CPE-Gesetz formierten sich in ganz Frankreich Proteste von SchülerInnen, Studierenden und Azubis. Schon vor der Abstimmung im Parlament gab es landesweite Demonstrationen; am 7. März gingen dann 1 Million Menschen auf die Straße. Bis zum 10. März waren 84 Unis in Frankreich besetzt, und es fanden fast täglich Demonstrationen mit bis zu 800.000 TeilnehmerInnen statt.

Am 18. März demonstrierten erstmals die Gewerkschaften mit. Zehn Tage später fand dann der erste Generalstreik mit 3 Millionen TeilnehmerInnen statt, der eine Woche später wiederholt wurde. Zusätzlich wurden Bahnhöfe, Präfekturen, Brücken und Flugzeuge blockiert. Der Premierminister de Villepin sah sich schließlich am 10. April gezwungen, das CPE-Gesetz zurückzuziehen, um einem weiteren Generalstreik zuvorzukommen.

Organisiert wurden die Proteste sehr langfristig: schon ab Mitte Januar gab es Vernetzungstreffen. Revolutionäre Organisationen trieben diese von Anfang an voran. Eine landesweite SchülerInnen- und Studierenden-Koordination hielt wöchentliche Basistreffen von Delegierten ab, die von jeder Uni und jeder Schule gewählt wurden. Die SchülerInnen-gewerkschaft UNEF war erst gegen eine landesweite Koordination, weil sie ihre ei-

gene Rolle gefährdet sah, und trat daher auf dem ersten Treffen aus der Koordination aus. Die anderen AktivistInnen riefen die UNEF jedoch zurück, um die Spaltung der Bewegung zu verhindern. Viele Mitglieder der Koordination waren Mitglieder trotzkistischer Organisationen, die versuchten, die Bewegung zu radikalisieren und sie auf die ArbeiterInnenklasse auszudehnen – auch mit Flugblättern vor Fabrikatoren. Dies zeigen verschiedene Appelle, die die AktivistInnen an die Gewerkschaften richteten und wodurch die Generalstreiks erst zustande kamen.

Die Proteste führten dazu, dass das CPE-Gesetz schließlich zurückgezogen wurde. Besonders wichtig zu betonen ist, dass die Rücknahme des CPE-Gesetzes im Grunde genommen verfassungswidrig war. Die Proteste waren aber so massiv, dass sich die herrschende Klasse offensichtlich nicht um Rechtmäßigkeit scherte: Das zeigt, dass wir Protestierende keine Lösungsvorschläge machen, sondern die Herrschenden dazu zwingen müssen, selbst nach Lösungen zu suchen.

Die Proteste wurden allerdings beendet, obwohl es weitergehende Möglichkeiten bis hin zum Sturz der Regierung gab. Die Jugendlichen übten zwar massiv Druck auf die Gewerkschaften aus, die reformistische Gewerkschaftsbürokratie würgte die Proteste aber trotzdem ab. Um trotz der Bremse der Gewerkschaftszentralen weiter zu machen, hätten die Koordinierungen zwischen Studierenden-, SchülerInnen- und ArbeiterInnenorganisationen ausgebaut werden müssen.

Solche Strukturen hätten die Proteste vorantreiben können, und hätten damit gleichzeitig in Ansätzen eine alternative Macht zum Staatsapparat der „Fünften Republik“ dargestellt, eine Macht der ArbeiterInnen, StudentInnen und SchülerInnen.

→ von Stefan Schneider, RIO, FU Berlin

berungen oder bewusst ausgrenzenden Verhaltensweisen auseinandersetzen müssen, die auf ihre Hautfarbe oder andere Körpermerkmale abzielen, werden so tagtäglich vielfach unterdrückt.

Somit zeigt sich, dass das Bildungssystem in Wahrheit nur auf den Nachwuchs der herrschenden Klasse zugeschnitten ist. RevolutionärInnen müssen aber dafür kämpfen, dass alle Menschen Zugang zu Bildung bekommen, weil dies eine Grundvoraussetzung für eine Kritik der bestehenden Verhältnisse ist. Daher fordern wir die Abschaffung des gegliederten Schulsystems als ein Hauptinstrument der Selektion, sowie das Recht auf Unterricht in der Muttersprache und auf kostenlose Sprachförderung für alle. Solche Verbesserungen sind zwar teilweise innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen Rahmens erreichbar, gleichzeitig ist aber klar, dass der Kampf für wirklich freie Bildung für alle nur durch die Überwindung des Kapitalismus erfolgreich sein kann.

→ von David Knorr, AG Arbeitskämpfe, FU Berlin

Unnatürliche Katastrophen

Die schlimmen Folgen der Erdbeben in Haiti und Chile waren keineswegs natürlich

Anfang dieses Jahres wurden mit Haiti und Chile gleich zwei lateinamerikanische Länder von verheerenden Naturkatastrophen heimgesucht. Die hohe Ziffer an Todesopfern, Verletzten und obdachlosen Menschen war dabei aber keineswegs „natürlich“ oder unvermeidbar, sondern ein Produkt sozialer Verhältnisse.

Haiti: Am 12. Januar erschütterte ein Erdbeben die Region um die haitianische Hauptstadt Port-au-Prince. Dabei wurden nach offiziellen Schätzungen über 200.000 Menschen getötet und noch einmal fast doppelt so viele verletzt. Bis zu einer Million wurden obdachlos. Im Gegensatz zu wohlhabenden Gegenden mit dünnerer Besiedlung und erdbebensicheren Häusern, traf es die verarmten Massen mit voller Wucht.

In Haiti herrscht Arbeitslosigkeit von bis zu 80% und fast drei Viertel der Bevölkerung müssen mit weniger als 2 Dollar pro Tag auskommen. Für sie bietet die kapitalistische Gesellschaft auch ohne Erdbeben tagtäglich katastrophale Bedingungen. In den Slums um die Hauptstadt stehen dicht gedrängt Wellblechhütten und einfache Häuser, die auch bei wesentlich kleineren Beben zur Todesfalle werden können.

Diejenigen, die Arbeit haben, dürfen in Sweatshops für die Profite US-amerikanischer und kanadischer Konzerne schuften. Die Landwirtschaft, die theoretisch einen Großteil der HaitianerInnen ernähren könnte, wurde in den letzten Jahrzehnten systematisch zurückgedrängt – durch den Import subventionierter amerikanischer Lebensmittel und nachteilige Handelsabkommen.

Auf diese Weise wird Haiti von imperialistischen Staaten, wie den USA und Kanada, regelrecht ausgequetscht. Entsprechend zynisch wirken die Mitleidsbekundungen dieser Regierungen. In Wirklichkeit hat sich an deren Interessen natürlich nichts geändert. Die 550 Millionen Dollar Hilfszahlungen der UN

sind ein Witz angesichts des Elends hundertzehntausender Menschen – und angesichts der Milliardenhilfen, die in den letzten Jahren an Banken gezahlt wurden.

Um die Situation zu „stabilisieren“ entsandte die amerikanische Regierung 12.500 SoldatInnen nach Haiti. Die amerikanischen Katastrophenschutz-Einheiten der FEMA wurden dagegen nicht in Bewegung gesetzt.

Es ging also nicht um die Sicherheit und schnelle Versorgung der Erdbebenopfer, sondern darum, soziale Unruhen zu unterdrücken, das Eigentum der in- und ausländischen KapitalistInnen zu schützen und den militärischen Einfluss der USA in der Region zu stärken. (Haiti liegt immerhin nur 200 km von Kuba entfernt.)

Chile: Wenige Wochen später wiederholte sich das schaurige Schauspiel in ähnlicher Weise: Am 27. Februar bebte die Erde in Chile. Wieder waren es die armen und einfachen Viertel der Städte, in denen

die Zerstörungen am größten waren.

Bereits am Tag des Bebens versuchten Betroffene, Wasser, andere Lebensmittel und Medikamente aus geschlossenen oder zerstörten Geschäften zu holen.

Wie auch zuvor in Haiti wurden solche Aktionen offiziell verurteilt und kriminalisiert. Anstatt alle Kräfte auf die Rettung und Versorgung von Verschütteten zu konzentrieren, rückte das Militär aus, um „Plünderer“ festzunehmen und Ausgangssperren durchzusetzen.

Die chilenischen Unternehmen nutzten die einmalige Gelegenheit, um ihre Preise zu steigern: Vor allem Lebensmittel und Medikamente wurden teurer. Behandlungen in privat geführten Kliniken kosteten plötzlich noch mehr als sonst – während der Bedarf aufgrund eingestürzter Krankenhäuser massiv anstieg.

Um dieser schamlosen Ausnutzung ihrer Notlage entgegenzutreten, müssten die Betroffenen selbst die Kontrolle über alle Versorgungsmaßnahmen übernehmen. Das wäre ein erster Schritt, damit die ArbeiterInnen und verarmten Massen nicht nur das aktuelle Unglück, sondern auch die fortwährende soziale Katastrophe in Chile und Haiti überwinden können.

→ von Tom Hirschfeld, RIO, Berlin

¡Viva Zapata!

Sechzehn Jahre nach dem Aufstand in Chiapas

Als am 1. Januar 1994 die EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional; zu deutsch: Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) ihren Aufstand für die Autonomie der indigenen Völker in der süd-mexikanischen Provinz Chiapas begann, schaute die gesamte globale Linke gebannt auf den pfeiferauchenden und mit einer schwarzen Sturmhaube verummten Subcomandante Marcos und lauschte seinen philosophischen Statements. Von einer neuen Welt sprach er, von „Antimacht“ und vom Ziel, den Staat nicht anzugreifen, sondern durch alternative Strukturen überflüssig zu machen.

Heute, über 16 Jahre und mehrere sogenannte „intergalaktische Treffen“ später, hört man nicht mehr allzu viel über die ZapatistInnen, die sich von Jahr zu Jahr mehr in den Urwald zurückgezogen haben, um den immer wiederkehrenden Angriffen von Armee und rechtsgerichteten Milizen zu entgehen. Nur Kaffee aus Chiapas in vielen Fair-Trade-Läden erinnert noch an die einstigen HoffnungsträgerInnen einer neuen linken Bewegung.

Sicherlich ist es der zapatistischen Bewegung in den Jahren nach ihrem Aufstand, als das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) in Kraft trat, immer wieder gelungen, die Massen zu mobilisieren. Keineswegs nur die indigene Bevölkerung in den ländlichen Gebieten, sondern auch StudentInnen und ArbeiterInnen in den Städten. Diese Unterstützung, die anfangs tatsächlich enormes Potenzial mit sich brachte, schwand aber von Jahr zu Jahr, denn die Perspektivlosigkeit der Zapatistas war nicht zu übersehen. Obwohl die wichtigste strategische Parole der ZapatistInnen lautete: „die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“, war die

geballte Macht des kapitalistischen Staates, also die Polizei und die Armee, doch jeden Tag zu spüren. Sie konnte also nicht einfach durch philosophische Konstrukte weggedacht werden. Abgesehen davon stellten die EZLN – dadurch, dass sie Gesetze erließen und diese mit bewaffneten Streitkräften durchsetzten – ganz klar eine politische Macht dar, auch wenn sie das nicht so nennen wollte.

Von einer neuen Welt war also die Rede, von der Selbstbestimmung der indigenen Völker – geändert hat sich jedoch sehr wenig. Die angestrebte Freiheit für indigene Gemeinschaften, bessere Lebensbedingungen und eine vermehrte Auslebung der Traditionen mag für die Situation in Chiapas wohl teilweise zutreffen. Doch auch diese Verbesserungen werden tagtäglich angegriffen.

Global gesehen hat sich noch weniger geändert: immer noch besitzen unglaublich wenige Menschen unglaublich viel, immer noch sind die arbeitenden Massen unterdrückt. Die schönen Ziele der EZLN verpufften keineswegs einfach in der Wirkungslosigkeit, vielmehr wurden sie durch die gesamte Macht des Kapitalismus regelrecht zerschlagen. Die in der Linken so umjubelte Idee, nicht die bestehende Ordnung anzugreifen, sondern einzig Alternativen zu schaffen führte zum Scheitern.

Freilich darf man nicht vergessen, dass die Forderung nach Selbstbestimmung der indigenen Menschen bedingungslos zu unterstützen ist. Doch uns geht es nicht darum, die bestehende Misere durch „gute Regierung“ etwas angenehmer zu machen, sondern durch eine Entwicklung der bitterarmen Gegend den Menschen dort ein angenehmeres Leben zu ermöglichen – und daran hat die mexikanische Bourgeoisie bisher wenig Interesse gezeigt.

Vor allem ist uns klar, dass indigene Gemeinden kaum eine Chance gegen den mexikanischen Staatsapparat haben – dazu braucht es eine vereinigte Bewegung mit allen Menschen, die die mexikanische Gesellschaft Tag für Tag am Laufen halten.

Die ArbeiterInnen (und auch die Studierenden und armen Jugendlichen) Mexikos haben in den letzten Jahren gezeigt, dass es ihnen nicht an Kampfkraft mangelt: Streiks der ElektrikerInnen und der BergarbeiterInnen, der einjährige Streik an der größten Universität UNAM, der Aufstand in der südlichen Provinz Oaxaca sind nur die bekanntesten Beispiele. Die ArbeiterInnenklasse ist die Kraft, die mit einer sozialistischen Revolution alle Menschen in Chiapas, in Mexiko, und auch weltweit aus der Misere herausführen könnte.

→ von Albert Olter und Julian Neufeld, RIO, St. Gallen

Wohin geht Kuba?

Perspektiven für die „sozialistische Insel“

Kuba wirkt wie ein Land aus einer anderen Zeit – und das nicht nur wegen der Autos aus den 50ern auf den Straßen von Havanna. In fast allen ehemals „sozialistischen“ Staaten wurde der Kapitalismus wieder eingeführt, entweder durch Umstürze wie in Russland oder durch Reformen wie in China. Doch die kubanische Gesellschaft basiert bis heute auf sozialistischen Eigentumsformen. Das heißt, die Wirtschaft wird nicht in erster Linie durch einen Markt, sondern durch einen staatlichen Plan beherrscht.

Dies ermöglicht ein für ein so armes Land beispielloses Sozial- und Gesundheitssystem. So liegt die Lebenserwartung in Kuba bei 80 Jahren für Frauen und 76 Jahren für Männer. Der Alphabetisierungsgrad ist mit 99,8% höher als der der führenden Industriestaaten. Kuba ist der einzige Staat Lateinamerikas ohne unterernährte Kinder.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und anderer stalinistischer Staaten kam Kuba aber in große Schwierigkeiten. Ab 1992 wurde eine „Sonderperiode“ marktwirtschaftlicher Reformen eingeläutet: staatliche Farmen wurden teilweise in Kooperativen umgewandelt und kleine Unternehmen wurden zugelassen. Die Hälfte der Nahrungsmittelverteilung läuft heute über diesen Markt, weil die staatliche Lebensmittelrationen nicht zum Leben reichen.

1992 wurde auch ausländischen InvestorInnen eine Tür nach Kuba geöffnet, und zwar über die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen vom kubanischen Staat (meistens vom Militär) und multinationalen Konzernen. Diese „Joint Ventures“ können sogar selbständig, also bei Umgehung der Planungsbehörden, Güter importieren.

Die Kontrolle über die Joint Ventures liegt zwar maßgeblich bei den staatlichen und militärischen Bürokratien. Doch zu glauben, dies würde die sozialistischen Grundlagen der kubanischen Gesellschaft schützen, ist eine gefährliche Illusion.

Der Grund, warum der Kapitalismus auf Kuba bis heute nicht wieder eingeführt wurde, ist anderswo zu suchen: die Bedrohung durch die USA, die seit fast 50 Jahren ein Handelsembargo gegen Kuba aufrechterhält und ununterbrochen auf den Sturz des kubanischen Systems hinarbeitet, macht eine „Öffnung“ im Stil Chinas unvergleichbar schwieriger. Doch der privilegierte Staatsapparat enthält viele KarrieristInnen, die gern von VerwalterInnen der Produktionsmittel zu richtigen BesitzerInnen werden möchten – gerade in der Bürokratie gibt es eine starke Basis für prokapitalistische Entwicklungen.

Insgesamt zeigt sich, dass im „sozialistischen“ Kuba nicht die ArbeiterInnenklasse das Sagen hat, sondern ein hierarchischer Apparat von FunktionärInnen, die keine lebendige Demokratie der arbeitenden Massen zulassen und teilweise sogar an der Wiedereinführung von kapitalistischen Verhältnissen arbeiten.

Die kubanische Konterrevolution droht somit nicht nur von der kubanischen Exilbourgeoisie in Miami, sie droht auch von der herrschenden Schicht in Havanna. Eine Restauration des Kapitalismus würde aber nicht dazu führen, dass alle KubanerInnen Lebensstandards wie in den USA genießen würden. Im Gegenteil, die Rekolonialisierung der Insel durch den US-Imperialismus (wie in der Zeit vor der Revolution von 1959) und der Wegfall der staatlichen Bildungs- und Gesundheitssysteme wurden eher zu Verhältnissen wie in den karibischen Nachbarstaaten (wie Haiti) führen.

Wenn die ArbeiterInnenklasse Kubas diesem Schicksal entgehen will, muss sie nicht nur gegen die Machenschaften des US-Imperialismus, sondern auch gegen die „Reformen“ der eigenen Regierung Widerstand leisten – sie muss die Macht in ihre eigenen Hände nehmen und die wirtschaftliche Planung der Massendemokratie von ArbeiterInnen- und Bauern/Bäuerinnenräten unterwerfen. Als MarxistInnen verteidigen wir die großen Errungenschaften der Revolution von 1959, die den Kapitalismus zum ersten und bisher einzigen Mal in der westlichen Hemisphäre abschaffte. Doch wir kämpfen nicht nur gegen das US-Handelsembargo, sondern auch gegen restaurationalistische Bestrebungen der kubanischen Führung.

→ von Jalava Hugo, RIO, Kiel

Was ist RIO?

Wir, die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO), wollen den Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzen. Denn das kapitalistische System führt zu Krisen, verursacht Kriege und zerstört die Umwelt. Wir sind überzeugt, dass eine **Revolution** notwendig ist, um dieses System zu überwinden, denn die KapitalistInnen werden ihre Macht nicht freiwillig aufgeben. Bei diesem Kampf brauchen wir eine **internationalistische** Perspektive gegen die globale kapitalistische Ausbeutung. Dazu ist eine **Organisation** notwendig, die eine antikapitalistische Strategie systematisch in jeden Kampf hineinragt. Wir tun nicht so, als hätten wir alle Antworten – wir versuchen, **marxistische Ideen** zu entwickeln und zu verbreiten und damit einen Beitrag zur Schaffung einer ernsthaften revolutionären Organisation zu leisten.



- RIO Deutschland**
→ www.revolution.de.com
- RIO Schweiz**
→ www.revolution.ch.tc
- RIO Tschechien**
→ www.revo.cz.tc
- RIO International**
→ www.onesolutionrevolution.org

Auf unserer Website:

Griechenland

- ★ Das „Griechische Gespenst“
- ★ Interview mit der trotzkistischen Organisation OKDE

Türkei

- ★ Der Kampf der TEKEL-ArbeiterInnen gegen Entlassungen
- ★ FaschistInnen an den türkischen Universitäten

Lateinamerika

- ★ Streik bei der Lebensmittelfabrik Kraft-Terrabusi in Buenos Aires
- ★ Interview zu den Folgen des Erdbebens in Chile
- ★ Der Frauenkampftag in Argentinien

Termine von RIO

- ★ 9. Juni: Bundesweiter Bildungstreik
- ★ 12. Juni: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Demos in Berlin und Stuttgart
- ★ 16. Juni: Veranstaltung über die Krise in Griechenland, in der FU Berlin, Silberlaube, Seminarzentrum, 16 Uhr
- ★ 19.-20. Juni: Lateinamerika-Seminar, im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
- ★ 26. Juni: Linkes Hiphop-Konzert, in der Roten Insel, Mansteinstr. 10, 22 Uhr
- ★ 1.-4. Juli: Europäisches Sozialforum in Istanbul
- ★ 9.-14. August: RIO-Sommerakademie in Prag

Kontakt zu RIO

- berlin@revolution.de.com
- fu@revolution.de.com
- bremen@revolution.de.com
- dresden@revolution.de.com
- kiel@revolution.de.com
- muenchen@revolution.de.com

VisDP: R. Müller, Hamburg

Wohin geht Kuba?

Kuba steht an einem Scheideweg: Was sind die Perspektiven für die „sozialistische Insel“ in den kommenden Jahren?

→ Seite 3



¡Viva Zapata!

Sechzehn Jahre nach dem Aufstand in Chiapas: wie ist die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) zu bewerten?

→ Seite 3

www.

REVOLUTION.de.com



Lateinamerika: Ein Kontinent in Bewegung – doch wohin?

Krise des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“

Wie sieht Venezuela nach elf Jahren „Bolivarischer Revolution“ aus?

Vor mehr als 11 Jahren wurde Hugo Chávez Präsident von Venezuela. Während seiner Amtszeit – die er als die „bolivarische Revolution“ bezeichnet – erlebte Venezuela große Veränderungen: die Sozialausgaben der Regierung sind massiv angestiegen, die Armutsrate hat sich mehr als halbiert.

Die bürgerliche Presse bezeichnet Chávez ohne Weiteres als „Diktator“ – ohne zu erwähnen, dass er vor der 15. Wahl in zehn Jahren steht. Teile der internationalen Linken dagegen preisen seinen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ als Modell für die Zukunft.

Jetzt steht das ganze chavistische Projekt vor einer entscheidenden Prüfung: Große Teile der armen Bevölkerung – die wichtigste Basis von Chávez – werden ungeduldig, weil 11 Jahre linker Reden die wirtschaftlichen Verhältnisse im Land wenig verändert haben. Im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung im September hält der Regierungschef nun besonders radikale Reden (und hat sich auch einen Twitter-Account zugelegt).

Krisenerscheinungen

Im letzten Jahr mussten die Arbeitenden in Venezuela die Folgen der internationalen Wirtschaftskrise ertragen. Das „Saudi-Venezuela“ bleibt komplett vom Öl abhängig – neun von zehn Dollars, die ins Land fließen, kommen aus Ölexporten, so dass sinkende Rohstoffpreise die gesamte Wirtschaft herunterziehen.

Im Januar dieses Jahres ließ die Regierung die venezolanische Währung abwerten, was zu einem massiven Anstieg der Preise führte. Der Internationale Währungsfonds lobte die Maßnahme, die zu drastischen Einbrüchen der Reallöhne der arbeitenden Bevölkerung führte.

In den letzten Monaten kam es zu regelmäßigen Stromausfällen in der Hauptstadt Caracas – mitten in einem Land, das zu den größten Energieproduzenten der Welt gehört! Anhaltende Probleme der Strom- oder der Lebensmittelversorgung sind nicht von der Chávez-Regierung geschaffen worden, sondern Produkt der jahrhundertealten Ausplünderung des halbkolonialen Landes durch imperialistische Mächte. Dennoch ist die „sozialistische Regierung“ in den letzten zehn Jahren im Grunde nur rhetorisch gegen diese Abhängigkeitsverhältnisse vorgegangen.

Übernommen wurde auch die massenhafte Korruption der „Vierten Republik“. In den letzten Monaten wurden einige prominente VertreterInnen der „nouveau riche“ (Neureichen) wie Arné Chacón, Bruder des Wirtschaftsministers Jesse Chacón, wegen Korruption verhaftet. Die Tatsache, dass ein ehemaliger niedriger Offizier in zehn Jahren zum Milliardär aufsteigen konnte, zeigt, wie eine „Bolibourgeoisie“ (also eine Schicht von „sozialistischen“, Chávez-treuen KapitalistInnen) entstanden ist – die Verhafteten stellen nur die Spitze des Eisbergs dar.

Verstaatlichungen?

In den letzten Jahren ging eine Reihe von wichtigen Unternehmen in den Staatsbesitz über, z.B. das größte Stahlwerk des Landes, SIDOR, oder das Telefonnetz von Caracas, CANTV. Doch in all diesen Fällen passt der Begriff „gekauft“ eher als „verstaatlicht“, da die venezolanische Regierung jedes Mal die KapitalistInnen entschädigte – und meist mit weit mehr Geld als dem Börsenwert der Firmen.

In den neuen staatlichen Betrieben existiert eine Art ArbeiterInnenkontrolle, jedoch kontrollieren die Beschäftigten

nur 49% ihres Betriebs, während der Staat die 51%ige Kontrolle für sich behält. Damit geht die chavistische „ArbeiterInnen-selbstverwaltung“ keinen Schritt weiter als etwa die Mittbestimmungsregelungen in der BRD, die ebenfalls 49%ige Kontrolle durch die Beschäftigten vorsehen – und die Macht in den Händen der KapitalistInnen und ihres Staates belassen.

Parallel dazu wächst die Repression gegen ArbeiterInnen, die sich weigern, die „sozialistische“ Regierung bedingungslos zu unterstützen. Bei einer Gewerkschaftsdemo am 12. März in der Industriestadt Aragua haben tausende DemonstrantInnen gefordert, dass die KapitalistInnen und nicht die ArbeiterInnen für die Krise zahlen müssten – dafür wurden sie mit Tränengas von der Polizei auseinander gejagt und 28 von ihnen verhaftet.

Chávez' historisches Projekt ist es, die traditionellen, oligarchischen und vom Imperialismus zutiefst abhängigen Strukturen der venezolanischen Wirtschaft aufzubrechen, um einer eigenständigeren kapitalistischen Entwicklung Platz zu machen.

Neuer Sozialismus?

Nur ein Teil der KapitalistInnen, eben diese „Bolibourgeoisie“, unterstützt dieses Projekt – und Chávez, um sich den traditionellen Eliten sowie dem US-Imperialismus zu widersetzen, braucht von daher permanente Mobilisierungen der ArbeiterInnen und Armen. Doch für die Regierung ist es zentral, dass ihre Mobilisierungen nicht „zu weit“ – d.h. über den Rahmen des Kapitalismus – hinausgehen. Deswegen wurden Organe wie die Regierungspartei PSUV gegründet oder die Gewerkschaft UNT unter Regierungskontrolle gebracht.

Dieses Projekt ist nichts Neues – dieser „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“

wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts in fast allen Ländern Lateinamerikas ausprobiert. Präsidenten wie Juan Perón in Argentinien oder Lázaro Cárdenas in Mexiko hielten feurige Reden gegen den Imperialismus und verstaatlichten eine Reihe von Unternehmen – aber brachten ihre jeweiligen Länder dem Sozialismus keinen Schritt näher.

Der Weg zum Sozialismus ist im 21. Jahrhundert nicht so ganz anders als im 20.: die ArbeiterInnen müssen sich unabhängig von allen anderen sozialen Klassen organisieren, um den bürgerlichen Staat durch ArbeiterInnenräte zu ersetzen und die Produktionsmittel zu übernehmen.

Heute glaubt ein Großteil der Massen an Chávez' Versprechen von Sozialismus – die Enttäuschung mit seiner Regierung wird meist auf MinisterInnen um ihn herum gelenkt. Deswegen sollte Chávez auch permanent dazu aufgefordert werden, im Interesse der ArbeiterInnen und nicht der KapitalistInnen zu handeln. Für eine wirklich sozialistische Revolution ist es notwendig, dass große Teile der chavistischen Bewegung ihre Illusionen überwinden und für eine unabhängige Organisation der ArbeiterInnen gewonnen werden. Das ist die Aufgabe von RevolutionärInnen in Venezuela und weltweit.

→ von Wlodek Flakin, RIO, Berlin



Lateinamerika in Bewegung

Lateinamerika bewegt sich: die traditionelle Vorherrschaft der USA hat zu Elend und Misere auf dem gesamten Kontinent geführt. Doch vom Rio Grande bis nach Feuerland regt sich Widerstand. In einer Reihe von Ländern wurden rechte Regierungen durch Massenrevolten gestürzt, und nun propagieren einige Regierungen einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ – gerade deswegen ist Lateinamerika ein Bezugspunkt für die internationale Linke.

Doch gerade im letzten Jahr hat sich vieles verändert. Die Erdbeben in Haiti und Chile haben die sozialen Widersprüche in Lateinamerika, trotz des jahrelangen Wirtschaftsaufschwungs, offenbart. Auch politisch bebte einiges: ein rechter Putsch in Honduras und die Wahl eines rechten Milliardärs zum Präsidenten Chiles ließen die linke Hegemonie im Süden plötzlich wackelig erscheinen.

In den Jahren 2001-2005 gab es eine Periode der Massenaufstände gegen neoliberale Regime. In den darauffolgenden Jahren stiegen unterschiedlichste „linke“ Regierungen auf. Aber wie wird die kommende Periode aussehen?

Die arbeitenden Massen beginnen, für ihre eigenen Interessen zu kämpfen – und nicht als Teil einer diffusen „Volksbewegung“, sondern eben als ArbeiterInnenbewegung. Dieses Phänomen wird Widersprüche zwischen der „linken“ Regierungen und der ArbeiterInnenklasse aufwerfen – aber auch die Perspektive, dass die ArbeiterInnen den gesamten Kontinent in ihrem Sinne neu gestalten.

Lateinamerika- Seminar

Mit einem zweitägigen Seminar wollen die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO) und die Trotzistische Fraktion - Vierte Internationale (FT-CI) eine **marxistische Analyse** der Situation in Lateinamerika erarbeiten und revolutionäre Perspektiven aufzeigen. Dazu wird es Vorträge, Diskussionen, Debatten und Filme mit einer Reihe von marxistischen AktivistInnen aus Lateinamerika geben:

Krisenerscheinungen in Venezuela
Debatte zwischen Wlodek Flakin, RIO, und Dario Azzellini, Autor von „Venezuela Bolivariana“.

Klassenkämpfe in Argentinien
Vorträge und Filme zu Arbeitskämpfen bei der Lebensmittelfabrik Kraft-Terrabussi und der besetzten Keramikfabrik Zanon.

Perspektiven für Kuba
Vorträge und Diskussion über die Perspektiven für die „sozialistische Insel“.

Die Zapatistas und die Guerillastrategie
Vorträge und Diskussion über die Zapatistas in Mexiko und Guerillas im Allgemeinen.

Lateinamerika aktuell: Ein Panorama
Vortrag und Diskussion über die neue Periode in Lateinamerika.

Seminar über revolutionäre Perspektiven für Lateinamerika
19.-20. Juni im Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, U6/U7 Mehringdamm, Berlin

Genauere Infos zum Programm auf → www.revolution.de.com
Um Anmeldung wird gebeten, unter: info@revolution.de.com